

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

31.3.1928 (No. 78)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Druckpreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bedruckt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Auflösung des Reichstags

WVB. Berlin, 31. März (Tel.)

In der heutigen Reichstagsitzung verlas Reichskanzler Dr. Brüning nach 12 Uhr nach einer kurzen Ansprache, in der er die Arbeiten des Reichstages würdigte, die Verordnungen des Reichspräsidenten, durch die der Reichstag aufgelöst wird.

Die Schlussansprache des Reichskanzlers

Der Reichskanzler führte aus: In der Reichstagsitzung vom 27. Februar hat mein Stellvertreter, Herr Vizekanzler Herzig, dem Hohen Hause das Arbeitsnotprogramm der Reichsregierung vorgelegt. Die Vorlage eines solchen Programms war bekanntlich notwendig geworden, nachdem die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz gescheitert waren, auf der anderen Seite aber überaus dringende Aufgaben im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Volkswirtschaft sofortiger Lösung harften.

Dem Arbeitsnotprogramm waren der Natur der Sache nach enge Grenzen gezogen. Am so notwendigen war es aber, es in seinen einzelnen Teilen sorgsam gegeneinander abzuwägen und dafür zu sorgen, daß es als einheitliches Ganzes seine gesetzgeberische Erledigung finden möchte.

Die parlamentarische Erledigung des Arbeitsnotprogramms hat dieses Hohe Haus fast einen Monat in Anspruch genommen. Ich darf am heutigen Tage, nachdem die letzten Bestimmungen des Reichstages hierzu gestern vollzogen worden sind, namens der Reichsregierung mit Befriedigung feststellen, daß die höchsten Erwartungen voll in Erfüllung gegangen sind. Mit diesem Ausdruck der Befriedigung verbindet sich für mich und die ganze Reichsregierung der Ausdruck des Dankes an das Hohe Haus, seinen Herrn Präsidenten und alle Fraktionen, die sich — unbekümmert um ihre politische Einstellung zur gegenwärtigen Reichsregierung — dieser positiven Arbeit bereitwillig unterzogen haben.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch die bedeutungsvolle parlamentarische Erledigung des Arbeitsnotprogramms zwingendsten Bedürfnissen des deutschen Volkes, ja vielfach bitterster Not in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft auf wichtigsten Gebieten Rechnung getragen worden ist. Vor allem darf ich in diesem Augenblick mit innerer Befriedigung feststellen, daß es dank der aufopfernden und hingebungsvollen Mitarbeit aller dazu berufenen Stellen in diesem Jahre gelungen ist, den Reichshaushaltsplan für 1928 zügig fertig zu stellen. Das deutsche Volk hat damit vor dem In- und Auslande den zähen Willen zu erkennen gegeben, über alle politischen Schwierigkeiten hinweg die Ordnung in seiner eigenen staatlichen Wirtschaft zu erhalten und immer weiter zu befähigen. Meinen Dank für die Erreichung dieses Zieles darf ich auch an den Reichsrat ausdehnen, der insbesondere durch die sachverständige Mitarbeit der Herren Bevollmächtigten der deutschen Länder zur Erreichung dieses Zieles in gleicher Weise beigetragen hat.

Wie bereits in der vorerwähnten Regierungserklärung vom 27. Februar d. J. hervorgehoben worden ist, soll sich nach der in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten erfolgten Kundgebung der Reichsregierung vom 18. Februar 1928 der parlamentarischen Erledigung des Arbeitsnotprogramms die Auflösung des Reichstages anschließen. Nachdem diese Voraussetzung mit dem heutigen Tage erfüllt ist, hat der Herr Reichspräsident meinem Antrage entsprechend folgende Verordnung vollzogen, die ich die Ehre habe, dem Hohen Hause zu verlesen:

Verordnung

des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 31. März 1928.

Nachdem der Reichstag mit dem gestern verabschiedeten Gesetze das sogenannte Notprogramm erledigt hat, und da nicht zu erwarten ist, daß noch weitere gesetzgeberische Arbeiten in dieser Wahlperiode zum Abschluß gebracht werden können, löse ich auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, 31. März 1928.

Der Reichspräsident v. Hindenburg.

Der Reichskanzler Brüning.

Sofort ergriff der Abg. Dr. Schulz das Wort, um namens des Hauses dem Reichspräsidenten, den Vizepräsidenten und den Beamten des Reichstages seinen Dank für ihre Mithilfe auszusprechen.

Die Schlussansprache des Reichstagspräsidenten Reichstagspräsident Lübe, der diesen Dank für seine Person ablehnte, aber für seine Mitarbeiter voll in Anspruch nahm, sprach dann einige Abschiedsworte für die Mitglieder des Reichstages, die nach jahrelanger Arbeit nicht wiederkehren wollen, in erster Linie für den Vizepräsidenten Prof. Dr. Nieber. Es sind im übrigen eine ganze Reihe von Abgeordneten, die freiwillig auf ein Mandat verzichtet haben. Dann gedachte er der erkrankten beiden Mitglieder des Hauses, des Zentrumsabgeordneten Dessauer, und des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, von Guérard, über dessen Befinden heute sehr schlechte Nachrichten eingetroffen sind. Lübe sprach dann auch über die Vorfälle der letzten Tage und

erwähnte dabei, daß er in der Zwischenzeit, da er ja noch provisorisch im Amt bleibe, Vorkerkungen treffen wolle, die auf eine gewisse Reform des Parlaments hinauslaufen. So z. B. soll das Verbot der Ablegung von Reden, wie man aus seinen Worten entnehmen konnte, wieder erneuert werden. Auch wies Lübe darauf hin, daß die Hauptarbeit des Reichstages jetzt in den Kommissionen liege und daß dementsprechend die Parlamentsreform vor sich gehen müsse. Er schloß abweichend von der bisherigen Formel, die ein Hoch auf das in der Republik geeinte deutsche Volk war, mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die Republik.

Ein Teil der Deutschnationalen zögerte offensichtlich, in das Hoch auf die Republik einzustimmen, während es die Mehrheit tat. In diesem Augenblick setzten die Kommunisten mit einem ungeheuren Lärm und „Nieder“-Rufen ein. So war der Absluß kein sonderlich erfreulicher.

Einigung des Reichsrats über den Panzerkreuzer

WVB. Berlin, 31. März. (Tel.) Wie das WVB. Büro hört, ist zwischen dem Reichsrat und dem Reichswehrminister über den Bau des Panzerkreuzers eine Einigung erzielt worden. Der Bau wird bis zu den Vorarbeiten über den Haushalt 1929 zurückgestellt. Nach dieser Einigung sind Schwierigkeiten im Reichsrat nicht mehr zu erwarten. Der Reichsrat stimmt dem Etat nach den Beschüssen des Reichstages zu.

Die Reichsratsausschüsse, die am Freitag noch bis in die späten Abendstunden die vom Reichstage verabschiedeten Etats durchberaten hatten, wobei namentlich über den neuen Panzerkreuzer in Gegenwart des Reichswehrministers Dr. Brüning erregte Debatten geführt wurden, setzten am heutigen Samstag früh ihre Arbeit fort. Um 11 Uhr begann die Besprechung des Reichsrates.

Der Berichterstatter der Ausschüsse, preussischer Ministerialdirektor Dr. Brecht, zählte im einzelnen die Veränderungen auf, die der Reichstag beschlossen hat.

Das Befinden des Abgeordneten v. Guérard

M. Berlin, 31. März. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, ist das Befinden des Fraktionsführers des Zentrums im Reichstag, von Guérard, gestern sehr schlecht gewesen, worauf offenbar die Worte des Reichstagspräsidenten in der heutigen Schlussitzung des Reichstages zurückzuführen sind. Doch ist heute eine Besserung eingetreten, wenn auch Guérards Gesundheitszustand noch als sehr ernst bezeichnet werden muß.

Aprilausschüttung aus der Hindenburgspende

WVB. Berlin, 31. März. (Tel.) Entsprechend dem vom Kuratorium der Hindenburgspende festgesetzten Richtlinien werden im Jahre 1928 am 1. April und am 2. Oktober je 450 000 M in Beträgen von durchschnittlich je 200 M an besonders ausgeführte schwere Fälle aus den Kreisen der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen ausgeschüttet. Die Auswahl erfolgt durch die Kriegsbekämpftenfürsorge und die Hauptverforgungsämter. Eine kürzlich unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltene Sitzung hat die von den genannten Stellen gemachten 2250 Vorschläge gebilligt. Bei der Aprilausschüttung wurden besonders hinderreiche Kriegserwitwen berücksichtigt. Demgemäß wurden zum 1. April 1899 Kriegserwitwen und -waisen, 351 Kriegsbekämpfte und 88 Witwen aus der Hindenburgspende bedacht. Damit beläuft sich der bisher aus der Hindenburgspende an Kriegsofopfer zur Ausschüttung gebrachte Betrag auf rund 850 000 M.

Für die nächste am Geburtsstage des Reichspräsidenten stattfindende Ausschüttung von 450 000 M machen wiederum die Kriegsbekämpftenfürsorge und — soweit ehemalige Heeresbeamte und Offiziere in Frage kommen — die Hauptverforgungsämter die entsprechenden Vorschläge. Unmittelbare Anträge an den Reichspräsidenten oder die Geschäftsstelle der Hindenburgspende sind daher unzulässig.

Die ägyptische Antwort an England

WVB. London, 31. März. (Tel.) „Times“ berichtet aus Kairo: Die ägyptische Regierung erhebt ihre Antwort auf die Note der britischen Regierung zur Frage der öffentlichen Sicherheit vom 4. März. Ein Spruch gegen diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten und erklärt, die britischen Beziehungen mit Ägypten müßten auf derselben diplomatischen Grundlage ruhen wie die anderer Länder. Weiter versichert die ägyptische Regierung, daß es ihre und des ägyptischen Parlaments Absicht sei, die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten und die Interessen der Fremden zu schützen. Die „Times“ schreibt, daß hier klar eine Absicht zum Ausdruck komme, die Grundlage des gegenwärtigen Regimes in Ägypten außer acht zu lassen.

Die Schlussitzung des Preussischen Landtages. Am Schluß der Freitagssitzung des Preussischen Landtages wurde der Antrag der Parteien auf Auflösung des Landtages am 19. Mai einstimmig angenommen. Vizepräsident Dr. Borck schloß die letzte Sitzung der Legislaturperiode, indem er dem Präsidenten vorempfiehlt, den Landtag noch einmal aufzusammenzuberufen, wenn dies erforderlich sein sollte.

* Völkerbund, Abrüstung und Frankreich

Mit bemerkenswerter Offenheit hat sich der deutsche Reichsaußenminister, Dr. Stresemann, in der letzten Woche über das Thema Abrüstung und Völkerbund ausgesprochen. Es geschah das an zwei Stellen, auf dem Jahresbankett der ausländischen Presse in Berlin und im Reichstag selbst.

Was Stresemann gesagt hat, wird die erdrückende Mehrheit unseres Volkes gerne unterschreiben. Zunächst hat er mit allem Nachdruck erklärt, daß die Annahme, Deutschland habe an dem Scheitern der Abrüstungs Idee ein Interesse, weil es dann selbst mit der Zeit wieder aufrüsten könnte, durchaus falsch sei. Wenn irgend welche maßgebenden Stellen des Auslands aber diese Annahme teilten, dann hätten sie ja das beste Mittel in der Hand, um Deutschlands angebliche Quertreibereien zu schanden zu machen, eben, indem sie an die Frage der allgemeinen Abrüstung ernstlich herangehen.

Daß diese Frage nun endlich einmal ernstlich in Angriff genommen wird, hat Stresemann von neuem klipp und klar gefordert. Natürlich weiß er nur zu gut, daß eine sofortige und umfassende Abrüstung im Augenblick nicht gut möglich ist, sondern daß man etappenweise vorgehen müßte. Mit einer solchen Methode hat sich Stresemann ausdrücklich einverstanden erklärt. Und mit Recht meint er, daß für die Erreichung einer ersten Etappe, also für die Herbeiführung einer erheblichen Einschränkung der Rüstungen, heute schon die realen, politischen Voraussetzungen gegeben seien. Es sei bedauerlich, daß die im Schlussprotokoll von Locarno niedergeschriebenen feierlichen Versicherungen heute, nach 2 1/2 Jahren, noch nicht im mindesten verwirklicht seien.

Und dieses, obwohl das Plenum des Völkerbunds die Abrüstung immer wieder als die wichtigste Aufgabe des Völkerbunds bezeichnet hat. Das deutsche Volk hat das Recht, die allgemeine Abrüstung zu verlangen, und der Völkerbund darf in dieser Frage einfach nicht versagen. Das Wort haben jetzt die Regierungen der militärisch führenden Staaten. Auf sie richtet sich der Blick der Völker, und auch Stresemann hat der bestimmten Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es schon auf der nächsten Völkerbundversammlung möglich sein werde, konkrete Beschlüsse zu fassen. In diesem Zusammenhang hat der Reichsaußenminister es begrüßt, daß die Verständigungs Idee in Amerika zu einer ganz besonders energiegelassen Initiative geführt hat. Er denkt dabei an die Vorschläge Kelloggs, die sich auf den Antikriegspakt beziehen.

Ein deutscher Außenminister kann nicht über Völkerbund und Abrüstung zu sprechen, ohne dabei unsere Beziehungen zu Frankreich zu berühren. Stresemann hat auch hier dem deutschen Volke aus dem Herzen gesprochen, wenn er von neuem den Anspruch auf vorzeitige Räumung des Rheinlands vertrat und erklärte, daß sich aus dem Geist der Verträge (des Friedensvertrags und des Vertrags von Locarno) die Notwendigkeit einer bedingungslosen Räumung ganz von selbst ergebe. Er könne im übrigen aus der letzten Rede Briands vor dem Senat eine Abfrage an unsere Forderung nicht herauslesen.

Sehr wichtig sind die Sätze, die sich mit den letzten Äußerungen Poincarés beschäftigen. Stresemann hat der Rede von Bordeaux freundliche Worte gewidmet und betont, sie enthalte Stellen, denen man völlig zustimmen könne; so vor allem dem Ausruf des französischen Ministerpräsidenten: „Was geht uns im Augenblick die Vergangenheit an?“, und ferner der Feststellung Poincarés, daß alle unter den Folgen des Krieges zu leiden hätten, daß es keinen glücklichen Sieger, keinen glücklichen Besiegten und keinen glücklichen Neutralen gebe, und daß man nur durch gegenseitige Annäherung auf geistigem und moralischem Gebiete die Leiden aus der Vergangenheit überwinden werde. Zweifellos sei, so hat Stresemann erklärt, in den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten nichts zu finden, was eine Abfrage oder Erschwerung der bisherigen Außenpolitik bedeute.

Die Wichtigkeit dieser Außenpolitik hat Stresemann auch den Deutschnationalen gegenüber von neuem verteidigt und dabei darauf hingewiesen, wie seltsam es sei, daß ausgerechnet der Führer der größten Regierungspartei, der deutschnationale Graf Westarp, im Reichstag behauptete, „das Fiasko unserer Außenpolitik sei allgemein anerkannt“. Es ist gewiß nicht ohne Bedeutung,

daß sich in den letzten Sitzungen des Reichstags die Wege der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei immer weiter getrennt haben.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 30. März.

Annahme des Etats in dritter Lesung

Der Reichstag hat am Freitag den Etat, mit dem durch den Ergänzungsetat auch das Notprogramm verbunden ist, mit 200 gegen 170 Stimmen bei vier Enthaltungen endgültig bewilligt, desgleichen den Nachtragsetat für 1927.

Nach der schon gemeldeten Ablehnung des Amnestiegesetzes wurde zunächst der Justizetat bewilligt.

Beim Ernährungssetat werden Entschlüsse angenommen, die eine Förderung des Fischbaues verlangen.

Beim Verkehrssetat wendet sich Abg. Silberding (Soz.) gegen die überraschende Ankündigung einer

Tarifierhöhung bei der Reichsbahn.

Die Regierung, die ja nur ein geschäftsführendes Kabinett sei, dürfe dieser Tarifierhöhung nicht zustimmen.

Abg. Mollath (W. Bgg.) begründet folgende Entschließung: „Der Reichstag erkennt eine Notwendigkeit für die Erhöhung der Eisenbahntarife zur Zeit nicht an und ersucht die Reichsregierung, der geplanten Erhöhung der Eisenbahntarife die Zustimmung zu verweigern.“

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) wendet sich gegen die geplante Tarifierhöhung. Die Reichsbahnverwaltung dürfe keine Politik treiben, die die allgemeine Lebenshaltung verteuert.

Abg. Erising (Str.) erinnert daran, daß das Zentrum schon bei den Anträgen zur Beförderung von Waren darauf hingewiesen habe, daß die Beförderungserhöhungen keinen Zweck hätten, wenn sie durch eine Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung ausgeglichen würden.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch: Ich kann erklären, daß ich den Beschluß des Verwaltungsrates der Reichsbahn bedauere. Er hat schriftlich die Stellungnahme der Reichsregierung mitgeteilt bekommen. Die Finanzlage der Reichsbahn ist in diesem Jahre nicht schlechter, sondern besser geworden. Ich denke nicht daran, einer Tarifierhöhung zuzustimmen. Die Beamtenbeförderung hat mit der Tarifierhöhung gar nichts zu tun. Sie hat bei der Reichsbahn 50 Millionen mehr gekostet als veranschlagt war, aber der Finanzbedarf von 350 Millionen war schon vorher vorhanden. Der Minister wendet sich dann gegen die Meldung eines Mittagsblattes, daß ähnliche Geheimfonds wie bei der Lohmann-Affäre auch beim Verkehrsministerium bestanden sollen. Dazu erklärt Minister Dr. Koch: Das Verkehrsministerium hat nur offene Fonds zur Verfügung, die der ordnungsmäßigen Prüfung des Rechnungshofes und des Reichstages unterliegen. Der Rechnungshof hat die Rechnungen von 1927 schon geprüft.

Abg. Dr. Quast (Dnt.) wendet sich gegen den Abg. Erising. Wir können einer Tarifierhöhung nicht zustimmen.

Abg. Dietrich-Franken (N.S.) macht das Dawes-Eisenbahngesetz für die unhaltbare Entwicklung der Eisenbahntarife verantwortlich.

Abg. Dr. Mittelmann (D.D.P.) begründet eine Entschließung, die sich gegen diese Tarifierhöhung wendet.

Abg. Erising (Str.): Auch seine Fraktion wende sich gegen eine Tarifierhöhung.

Die Entschließung Mollath (W. Bgg.) wird einstimmig angenommen, ebenso die in gleichem Sinne gehaltene Entschließung der Deutschen Volkspartei.

Angenommen wird eine Entschließung Giesberts (Str.), die Reichsregierung möge gemeinsam mit der preussischen Staatsregierung den Nürnberg-Ring in der Weise fördern, daß daraus ein ordnungsmäßig geleitetes Unternehmen wird.

Der Verkehrssetat und auch die übrigen Etats werden in dritter Beratung angenommen.

Nach Annahme des Haushaltsgesetzes wird über den Haushaltsplan

die Schlußabstimmung

auf deutschnationalen Antrag namentlich vorgenommen.

Gegen den Etat stimmen: Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftspartei, Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Mitglieder der Volksrechtspartei enthalten sich der Stimme.

Wahr, Bauernbund, Deutsch-Hannoveraner und Völkische stimmen mit den bisherigen Regierungsparteien für den Etat.

Der Etat, mit dem durch den Ergänzungsetat auch das Notprogramm verbunden ist, wird mit 200 gegen 170 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Ohne Aussprache wird auch der Nachtragsetat für 1927 in dritter Lesung angenommen.

Die Novelle zum Tabaksteuergesetz wird gleichfalls debattelos in dritter Beratung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung um 14 1/2 Uhr erledigt.

Der Plenarrat, der sofort nach Beendigung der Plenarsitzung zusammentrat, beschloß mit Rücksicht darauf, daß Reichsregierung und Reichstag den Wunsch haben, sich, falls es nötig ist, noch einmal mit den vom Reichstag beabsichtigten Gesetzen zu beschäftigen, die für Freitag 18 Uhr angesetzte Plenarsitzung nicht stattfinden zu lassen. Die nächste Sitzung des Reichstages findet vielmehr am heutigen Samstag, 12 Uhr, statt. Auf ihrer Tagesordnung steht die dritte Lesung des Handelsvertrages mit Griechenland und Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung (Auflösung des Reichstages).

Reichsminister v. Neudell regte einen Waffenfrieden der Parteien für die Karwoche an. Die Fraktionen nehmen hierüber Kenntnis.

Ferner teilte der Reichsminister mit, daß der Rundfunk während des Wahlkampfes seiner Partei zur Verfügung gestellt werden könne. Gegen diese Verfügung, die auf Beschluß des Kabinetts erlassen worden ist, wandten sich die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten.

Der Landwirtschaftliche Kontrollauschuss

W.D. Berlin, 31. März. (Tel.) Der 33. Ausschuss des Reichstages, dessen Tätigkeit der Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms gewidmet ist, trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Reichsernährungsminister Schiele legte einen Plan für die zeitliche Erledigung der Aufgaben des Ausschusses vor, an der Hand von Richtlinien über die Verpendung der bereitgestellten Reichsmittel und der mit Reichsgarantien ausgestatteten Darlehen für die Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch sowie für Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen. Abg. Dr. Silberding (Soz.) empfiehlt, zunächst sich mit dem Reichsrat über die Erledigung der Aufgaben zu einigen. Minister Schiele erklärt sein Einverständnis damit.

Nach längerer Aussprache zur Geschäftsordnung verlagte sich der Ausschuss bis nach der heutigen Plenarsitzung. Inzwischen soll die Meinung des Reichsrates eingeholt werden.

Die 26. internationale Luftverkehrskonferenz in Berlin wurde mit einer Aussprache des Reichsverkehrsministers Koch geschlossen. Die 27. Konferenz findet in der vierten Septemberwoche in Brüssel oder im Haag statt.

Die Urteilsbegründung im Barmat-Prozess

In der Urteilsbegründung beschäftigte sich der Vorsitzende zunächst mit der Staatsbank. Zwischen Direktor Hellwig und Julius Barmat — führte er aus — bestand ein fast über-schwängliches Freundschaftsverhältnis. Barmat sandte Hellwig und Kühe Geschenke aus Holland und überließ ihnen Aktien aus seinem Besitz, wie Chromo, Kofsanleise usw. Das waren unzweifelhaft Vorteile für Hellwig. Das Gericht nimmt an, daß Hellwig sich bei seinen Entscheidungen über die Kredite Barmats hat beeinflussen lassen durch die Geschenke und Zuwendungen. Der Vorsitzende ging dann näher auf die Angelegenheit Lange-Pegemann ein, dem betamlich Betrug an der Staatsbank und an der Reichspost vorgeworfen worden war. Bei Betrachtung all dieser Dinge entstand jedoch objektiv und subjektiv eine Vermögensschädigung des Reiches durch Lange-Pegemann. Es müsse ihm zugestanden werden, daß er die finanzielle Lage nicht ohne weiteres habe durchschauen können und somit entfiel bei ihm die Voraussetzung zum Betrug.

Wie es heißt, beabsichtigen die Angeklagten Julius und Henry Barmat gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Die Verhandlungen des Barmatprozesses, die am 11. Januar 1927 ihren Anfang nahmen, haben fast 1 1/2 Jahre gedauert. Die Anklageschrift umfaßt 648 Seiten. Das Urteil steht entgegen den Anträgen der Staatsanwaltschaft den Schuldbeiträgen für die gegen die Brüder Barmat erhobene Hauptanfrage des Betrugs und der Untreue nicht als gefehlt an, und die Verurteilung erfolgte lediglich wegen Verletzung bei Julius und Henry Barmat wegen aktiver, bei Oberfinanzrat Hellwig und Oberzollinspektor Stadel wegen passiver Verletzung, während die übrigen Angeklagten freigesprochen wurden.

Damit ist, so schreibt die „Zf. Jg.“, selbstverständlich nicht gesagt, daß die zurückgewiesenen Anklagen sämtlich grundlos erhoben worden seien. Im Gegenteil, es hat sich recht viel Unrechtliches ergeben, das eingehende Nachforschungen durch-aus rechtfertigt und notwendig macht. Die Art, wie die Barmats Millionenkredite von der Preussischen Staatsbank und von der Reichspost für ihre Unternehmungen erlangt haben auf Sicherheiten hin, die sich nachher als minderwertig erwiesen, ist höchst ansehbar, ebenso aber auch das miserable Kontrollsystem, das solche ungenügend gesicherten Ausleihungen lediglich auf Anweisung eines Beamten hin ermöglichte.

Es sind Aktienpakete mit übertrieben hohen Wertschätzungen hinterlegt worden, deren späterer Wert sich als viel geringer erwies. Das Gericht hat angenommen, daß diese und andere Geschäfte mit Treu und Glauben nicht vereinbar waren, daß ein unlauteres Gebahren vorlag, daß aber die rechtlichen Voraussetzungen für Betrug und Untreue nicht gegeben waren. Das Gericht hat dabei auch besonderen Nachdruck darauf gelegt, daß man die Vorgänge jener Zeit unter den Wirkungen und Nachwirkungen der Inflation, welche den Begriff der geschäftlichen Moral so stark erschüttert hatten, nicht einfach nach den heutigen wieder gefestigten Anschauungen beurteilen dürfe. Es ist einmal von Julius Barmat gesagt worden, daß er selbst ein betrögner Betrüger sei, und daß hat insofern eine gewisse Berechtigung, als er sich ohne eigene Sachkenntnis auf den Erwerb schlechter Unternehmungen eingelassen hat, die nachher sehr große finanzielle Opfer beanspruchten und ihn dazu drängten, alle Kreditmöglichkeiten aufs äußerste auszunutzen. Daß er dabei in den Mitteln nicht bedenklich war, zeigt seine enge Verbindung mit Beamten der Staatsbank und die ihnen sowie dem damaligen Reichspostminister Göhle erwiesenen finanziellen Gefälligkeiten, die ihm und seinem Bruder die Verurteilung wegen Verletzung zugezogen haben.

Das Gericht hat den Fall Göhle selbst nicht näher behandelt und nur festgestellt, daß Göhle sich keiner Untreue schuldig gemacht habe. Es hat auch den Abgeordneten Lange-Pegemann straflos gelassen, obgleich dieser Summen, die für die besetzten Gebiete angefordert worden waren, für geschäftliche Zwecke außerhalb der besetzten Gebiete verwandt hatte, hier aber wesentlich deshalb, weil nicht mehr sicher zu erweisen war, ob Lange-Pegemann von der Zweckbestimmung für die besetzten Gebiete in Kenntnis gesetzt war, und weil keine Vermögensschädigung des Reiches eingetreten ist.

Wähliger Tod eines amerikanischen Präsidenten

W.D. Delaware (Ohio), 31. März. Senator Frank Willis, der zu den von der republikanischen Partei als Bewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur aufgestellten Persönlichkeiten gehört, ist kurz vor der Eröffnung einer Versammlung von 2000 Personen, vor der er eine Wahrede halten sollte, im Vorraum des Versammlungsgebäudes an einem Gehirnschlag gestorben.

Brasilien und der Völkerbund

W.D. London, 31. März. (Tel.) „Times“ berichtet aus Rio de Janeiro: Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß Brasilien die Einladung zum Wiedereintritt in den Völkerbund annehmen werden, es sei denn, daß ihm andere Bedingungen angeboten werden als die, die seinen Austritt aus dem Völkerbund veranlaßten. Die Ansicht Brasiliens sei, daß der Völkerbund hauptsächlich an der europäischen Politik interessiert ist und daß also eine Beteiligung an Völkerbundangelegenheiten Brasiliens in Fragen verwickeln könnte, die keinerlei Interesse für Südamerika haben. Die starke Persönlichkeit des Präsidenten Washington Luiz hat zweifellos eine wichtige Rolle bei der Verhandlung des Wiedereintritts Brasiliens in den Völkerbund gespielt.

Der Kampf um das russische Gold in Amerika

W.D. Paris, 31. März. (Tel.) Nach einer Blättermeldung soll der Völkshäcker der Sowjetregierung, Dowgalewski, am Quai d'Orsay um Aufklärung über die Schritte erlucht haben, die die Bank von Frankreich in Amerika unternommen hat, um ein dort in Verwahrung befindliches sowjetrussisches Golddepot beschlagnahmen zu lassen. Dem Sowjetvölkshäcker soll jedoch die gewünschte Aufklärung nicht erteilt worden sein.

Die Reichsregierung gegen eine Eisenbahntarifierhöhung

Die Reichsbahnverwaltung hat bisher einen formellen Antrag auf Tarifierhöhung bei der Reichsregierung noch nicht eingereicht, doch wird dies wohl sehr bald geschehen. Zugleich mit dem Antrag wird die Reichsbahn die Denkschrift ankündigen, die in Vorbereitung ist, um der Regierung die Gründe für die Tarifierhöhung darzulegen. Der Antrag der Reichsbahn hat jedoch nach den gestrigen Erklärungen des Verkehrsministers im Reichstag wenig Aussicht auf Genehmigung.

Reiseübung ist Bürgerpflicht

Am Freitag hatte in Berlin das Reichsturnier im Berliner Sportpalast seinen größten Tag. Reichspräsident von Hindenburg hatte sich für den Tag der Olympiade angemeldet. Er wurde bei seinem Erscheinen mit förmlichem Beifall empfangen. Der Reichspräsident äußerte sich sehr befreidigt über das Gesehene. Reiseübung ist Bürgerpflicht, daran bitte ich festzuhalten, waren seine Abschiedsworte.

Ein Ostergeheim der Reichspost. Der Reichspostminister hat verfügt, daß fortan alle Postdienststellen des gesamten deutschen Reichsgebietes, einschließlich der Postagenturen und Posthilfsstellen, für den Fernsprechverkehr ununterbrochen von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr offen zuhalten sind. Hieraus ergibt sich der bedeutende Verkehrsfortschritt, daß nunmehr jeder Mann im ganzen Deutschen Reich mit jedem, der Fernsprechanschluß hat, von morgens 8 Uhr bis 8 Uhr abends zu jeder Zeit sprechen kann.

Parochiefeier des Zentrums. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Präsidenten des Preuss. Landtags, Dr. Forst, veranstaltete die preussische Zentrumsfraktion im Festsaal des Herrenhauses zu Berlin eine Feier, an der außer den Mitgliedern der Fraktion, die vollzählig zur Stelle waren, Kurtius Pacelli und eine Reihe anderer Ehrengäste, unter anderen das preussische Kabinett, teilnahmen. — Im Auftrage des preussischen Staatsministeriums sprach Finanzminister Schäfer-Walshoff, der insbesondere den uner müdlichen Arbeiter feierte.

Auflösung der Hohenzollern-Dehringenschen Fideikommission. Die in Deutsch-Oberpreußen sowie im freistaatlichen Thüringen gelegenen Familienfideikommissionen der Fürst zu Hohenzollern-Dehringenschen Familie sind gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung anfangs des Jahres aufgelöst worden. Durch einen zwischen der preussischen und thüringischen Staatsregierung geschlossenen Staatsvertrag ist die Hans Fürst zu Hohenzollern-Dehringensche Stiftung Laurentijus in Leben gerufen, welche in erster Linie die zu den bisherigen Fideikommissionen gehörigen Waldungen unter Staatsaufsicht zu verwalten hat.

Bundesrat Abt. 4. Der schweizerische Bundesrat Abt. 4, ehemaliger Bundespräsident und Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, ist Freitag Nacht 1/2 Uhr, in Genf gestorben. Im Jahre 1845 geboren, absolvierte Abt. das Studium der Rechte in Genf, trat in die Genfer Regierung ein, präsierte dem Schweizerischen Nationalrat und wurde 1912 in den Bundesrat gewählt. Im Jahre 1919 war er Bundespräsident und Delegierter der Schweiz beim Völkerbund.

Die Auflösung der katholischen Pfadfinderverbände in Italien ist vom Ministerrat beschlossen worden. Weitere Gerichte finden keine Bestätigung. Wenn man angesichts des verfallenen Wortlauts des Beschlusses befürchtet, daß alle katholischen Pfadfinderverbände aufgehoben werden könnten und andere wiederum glauben, daß nunmehr auch die Jugendorganisationen der Columbus-Ritter in Rom, sowie die Ordener der Azione Cattolica von der Auflösung betroffen würden, so gingen, — wie aus Rom gemeldet wird —, diese Vermutungen fehl.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing heute Samstag den deutschen Delegierten in der vorbereitenden Abrüstungskommission, Reichstagsabgeordneten Grafen v. Bernstorff, zum Bericht über die letzte Tagung der genannten Kommission in Genf.

Im heftigen Landtag kam es am Freitag abend bei Beratung der heftigen Befolungsordnung zu einem Zwischenfall. Der Abgeordnete der Volkspartei, Dr. Wolf, fragte, ob die Abgeordneten Stord (Soz.) und Weiber (Dem.), beide Referenten für das Befolungsgesetz, sich in dem Tarif gut plaziert hätten. Die beiden Abgeordneten drangen auf Dr. Wolf ein und Stord verles ihm zwei Schläge ins Gesicht. Das Eingreifen anderer Abgeordneten verhinderte weitere Tätlichkeiten.

Die Kandidatur Prof. Hellpachs. Die demokratische Landesparteilung von Hessen und der Pfalz haben sich dahin geeinigt, daß Prof. Hellpach beide Spitzenkandidaturen übernimmt. Dr. Hellpach hat bereits seine Zusage gegeben.

Faktor Müchmeyer, der frühere Pastor von Dorfum, der mehrfach wegen Beschimpfung der Republik und der Reichsflagge verurteilt worden ist, wurde von den Nationalsozialisten als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Weser-Ems aufgestellt.

Der sächsisch-thüringische Grenzvergleich. Der Vertrag über den sächsisch-thüringischen Grenzvergleich ist nun in Dresden zwischen dem sächsischen und dem thüringischen Grenzkommissar ratifiziert worden. Eine sehr große Anzahl kleiner Enklaven und Grenzzipfel wurde ausgetauscht.

Ergebnisse Verhandlungen in der chemischen Industrie. Heute, Samstag, läuft das Tarifabkommen in der chemischen Industrie Badens und der Pfalz ab. Am Freitag fanden deswegen vor dem Bezirksrat in Mannheim Verhandlungen statt, die jedoch ergebnislos verliefen sind. Es ist nun das Haupttarifamt in Berlin um Entscheidung angekrufen worden.

Die Lohnbewegung im Hamburger Hafen hat nunmehr zur Kündigung der Löhne der Hafnarbeiter durch die Arbeitnehmer zum 30. April geführt. Es wird eine Erhöhung des Tagelohnes von 8,20 auf 9.— M für die erste Schicht sowie eine entsprechende Erhöhung der Alfordräge gefordert.

Der neue Leipziger Titelschwindler geht weitere Kreise. Die Zentrale der Schwindlergesellschaft befindet sich in Berlin.

Aus Polen meldet man eine wesentliche Entspannung der innerpolitischen Lage.

Der englische Staatshaushalt schließt zum erstmaligen seit drei Jahren mit einem Überschuss der Einnahmen ab.

Das englische Frauenstimmrecht geklärt. Das englische Unterhaus hat die Vorlage betr. das Frauenstimmrecht in zweiter Lesung mit 387 gegen 10 Stimmen angenommen.

Geny Ford besucht England. Geny Ford hat sich am heutigen Samstag in New York mit seiner Gattin an Bord des Dampfers „Majestic“ begeben, um, wie er erklärt, eine Vergnügungstour nach England anzutreten, bei der auch Schottland und Irland besucht werden sollen. Die Rückreise wird im Mai erfolgen.

Ein Brückenbau über den Bosporus. Der Londoner „Daily Herald“ berichtet, die türkische Regierung besaße sich mit einem englischen Projekt, das eine Hängebrücke über den Bosporus zwischen Konstantinopel und Tuzari errichten will. Durch eine solche, Europa mit Asien verbindende Brücke wäre der Zutritt nach Angora ohne Unterbrechung bzw. Umsteigen möglich. Die Brücke soll noch eine besondere Fahrbahn für alle Wagenkategorien erhalten.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter der Wirkung der von den Alpen nach Norden abziehenden Luftmassen war es in Baden gestern vornehmlich vielfach heiter. Die Höchsttemperaturen erreichten in der Ebene 20 Grad. Das Tagesmittel lag 6 Grad unter dem Normalwert. Nachmittags trat in Mittel- und Norddeutschland starke Bewölkung auf, die zu Regenfällen in Begleitung von Gewittern führte. Der Kern des britischen Tiefes hat sich etwas nach Süden verlagert. Über Südrheinland bildet sich eine Rinne tiefen Drucks. Daher wird unbefriedigendes Wetter mit Niederschlägen auch noch möglich vorausichtlich anhalten. Wetterausichten für Sonntag: Wolkig mit auffrischenden Winden. Heftige Regen mit bedrückenden Winden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Neue Eingänge

Dem Landtag sind u. a. folgende Gesuche zugegangen: des Präsidenten des Verbandes mittelbadischer Pferdezüchtergenossenschaften, betr. Totalfaktoranteile, des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe, betr. Grund- und Gewerbesteuerertrag, des deutschen Musikerverbandes, Ortsverwaltung Karlsruhe, betr. Badische Polizeipolizei, des Bad. Verkehrsverbands betr. Beihilfe zur Förderung des Fremdenverkehrs, des Vereins der badischen Staatsärzte betr. Stellung des Fachreferenten für Veterinärwesen und Tierzucht im Ministerium des Innern, des Landesverbandes Baden des Deutschen Kleinrentnerbundes betr. teilweise Bestreitung der Kosten der Kleinrentnerfürsorge durch den Staat, des Verbandes der Polizeibeamten Badens betr. den Staatsvoranschlag für 1928/29, der Steuerstelle des Landesverbandes der bad. Textilindustrie betr. Grund- u. Gewerbesteuer, des Landesverbandes des bad. Fernschiffverkehrs betr. die Ausführungsbestimmungen zur Eingruppierung in der Befoldungsordnung, des Freiburger Automobilclubs betr. Staatszuschuß zur Neuherrstellung der Rennstrecke Weisbach-Obermünzingen, des Süddeutschen Steinindustrieverbandes, betr. Beschäftigung der badischen Flasterstein- und Granitwerkstoffbetriebe, der badischen Beamtenrentenkasse betr. Krankenfürsorge für Beamte, der Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Lahr, Pforzheim, Durlach und Freiburg, betr. die Förderung des Wohnungsbaues, der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene um Staatszuschuß, des Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg um Staatszuschuß für das Freiburger Theater, des Bad. Städteverbandes und Bad. Städtebundes betr. Landesanteile an den Kosten der gehobenen Fürsorge, des Deutschen Arbeiterfängerbundes, Gau Baden, betr. Förderung der Gesangsvereine durch Chormeisterkurse, des Landesverbandes badischer Kammerfergerhelfen um Aufnahme in die badische Kammerfergerunterstützungskasse, der Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung, betr. Änderung des Landtagswahlgesetzes, des Bürgermeisters der Stadt Geigenbach, betr. Sonntagslabenschluß, des Gemeinderats Neufrietstett um Vereinigung der Gemeinde Neufrietstett mit der Gemeinde Freistett, des Gemeinderats Mannwangen, betr. Vereinigung der abgeordneten Gemarung Madachhof mit dem Hauptort Mannwangen, des Deutschen Frauenkampfbundes um Maßnahmen gegen die Mißstände in Literatur, Presse und öffentlichen Darbietungen, des Hebammenvereins Freiburg, betr. berufliche Lage des Hebammenstandes.

Vom Kraftwerk Rhburg-Schwörstadt

Wie mitgeteilt wird, wurde der Auftrag zur Abrüstung des gegenwärtig im Bau befindlichen Kraftwerkes Rhburg-Schwörstadt a. M. mit den hierzu bestimmten vier Turbinen von der Kraftwerke Rhburg-Schwörstadt A.-G. in Rheinfelden an die durch die drei Firmen Aeliers des Charmilles in Genf, Escher W& Co., Zürich und Ravensburg, und J. W. Voith, Heidenheim an der Brenz, gebildete Arbeitsgemeinschaft Turbinenbau Rhburg-Schwörstadt vergeben. Diese Turbinen werden mit stehender Welle in Betonspiralgehäusen eingebaut u. sind für eine Leistung von je 39 500 PS unter 11,50 Meter Nettogefälle vorgesehen. Die Einheitsleistung dieser Maschine, d. h. die für ein Meter Gefälle umgerechnete Leistung, beträgt 1000 PS, während die gegenwärtig im Betrieb befindlichen größten Kaplansturbinen, das sind die Turbinen des schwebischen Kraftwerkes Illa Ebel, eine Einheitsleistung von 676 PS aufweisen. Die Turbinen in Niederschwörstadt werden also die größten Turbinen der Welt sein.

Die Arbeiten an der Murgtalbahn

In den letzten Monaten sind die Arbeiten an der Murgtalbahn erheblich fortgeschritten. Das Schienenband wurde bereits bis über Mühl hinaus vorgefahren. Seit einigen Tagen geht der Vorbau des Gleises in Richtung Hohenbach weiter und bei einem Fortschritt von etwa 300 Meter täglich dürfte die Landesgrenze bei Schönmünzingen in fünf bis sechs Wochen erreicht sein, zu welchem Zeitpunkt auch der auf badischem Gebiet von Naumünzing her sich entwickelnde Schienenstrang die Landesgrenze treffen wird, so daß der Zusammenschluß möglich ist. Der Tunnel beim Schwarzenberg ist nahezu fertiggestellt. Die Stationsgebäude von Mühl, Hohenbach, Schwarzenberg, Schönmünzingen und Kirchbaumwangen sind im Rohbau fertig und bereits verschindelt, am Innenausbau wird zur Zeit noch gearbeitet.

Verein zur Förderung der Innentolonisation

Am Freitag nachmittag fand in Karlsruhe die Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Innentolonisation statt, die von dem Vorsitzenden, Präsidenten Dr. Fuchs, geleitet wurde. Der Geschäftsbericht wurde von Geschäftsführer Dr. Schenk erstattet. Er legte zunächst die Bestrebungen des Vereins dar, der sich aus nationalen, sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und bevölkerungspolitischen Gründen mit der Schaffung von Bauernsiedlungen befaßt. Der Bericht erstatter stellte fest, daß die Hoffnungen, die der Verein bei seiner Gründung vor einem Jahre hatte, nicht in dem erwarteten Maße in Erfüllung gegangen sind, obgleich eine großzügige Propaganda unternommen wurde. Es fehle an Interesse der Bevölkerung und an der Beschaffung von ausreichenden Siedlungsdarlehen. Trotz der schlechten Lage wurde in der Generalversammlung beschlossen, den Verein weiter zu führen, da gerade gegenwärtig die Möglichkeit besteht, billiges Land zu kaufen. Ferner wurde beschlossen, an die Regierung mit einem Antrag heranzutreten, die zur Verfügung gestellten Siedlungsgelder vorläufig auch für Siedlungen in Baden und in Württemberg zu verwenden und die Siedlungsmöglichkeiten durch die Gewährung von Krediten zu erleichtern. Am Schluß der Sitzung fand nach Entlastung des Vorstandes dessen Wiederwahl statt.

Lohnbewegungen in Baden

Zu der Lohnbewegung in der Schwarzwälder Uhrenindustrie wird gemeldet, daß die Arbeitgeber die Forderungen der Gewerkschaften auf Lohnherabsetzung abgelehnt haben. Die Gewerkschaften haben daraufhin den Schlichtungsausschuß mitteilend angerufen, wo demnächst Verhandlungstermin angesetzt wird. **Schiedspruch in der Mannheimer Metallindustrie.** Die Schlichtungsstelle Mannheim fällt einen Schiedspruch in der Mannheimer Metallindustrie, der in allen Lohngruppen eine Erhöhung des Gelohnes um 5 Pf. pro Stunde vorsieht, das Gelohnalter von 25 auf 24 Jahre herabsetzt, die Lehrlingslöhne von 26 auf 30 Pf. in der obersten Stufe herabsetzt und dessen Erhöhungstritt bis 3. April, vormittags 9 Uhr, läuft.

Gemeinde-Rundschau

Die Kreisversammlung des Kreises Freiburg trat im Rathaus zusammen, um den Voranschlag für 1928/29 zu beraten. Präsident der Versammlung ist Fabrikant Rudolf Fischer, Freiburg. Der Vorsitzende des Kreisrates, Stadtrat Dr. h. c. Kauf, Freiburg, führte zum Voranschlag aus, daß die Kreissteuern keine Erhöhung erfahren sollen. Die späteren Abweichungen der Kreissteuern durch die Gemeinden seien zu beklagen. Die letzten Rückstände von 1928 seien erst vor ganz kurzer Zeit eingegangen. Das habe Kreditaufnahme veranlaßt, die die Zinsausgaben vergrößert habe. Eine Überschreitung des Voranschlages hat sich für 1927 nicht umgehen lassen. Besonders bei der Kreispflegenanstalt Freiburg mußten die Bauplätze von 220 000 M um rund 30 000 M überschritten werden. Die Überschreitungen sind jedoch durch Einsparungen in den anderen Positionen und durch erhöhte Steuereinkommen. Wenn man das Steuereinkommen des Jahres 1927 zu Grunde legt, ist mit einem ungedeckten Aufwand von mindestens 170 000 M zu rechnen. Dieser soll getilgt werden dadurch, daß man die Wegwartestellen verringert, in dem die Wegwarte, die jetzt durchschnittlich 4-5 Kilometer zu betreten haben, 7 Kilometer übertragen bekommt. Der Voranschlag für die Kreisstraßen und Wege wird genehmigt, darunter 135 000 M für den Neubau eines Teiles der neuen Feldbergstraße, die von den Gemarungsgemeinden zu leisten den Beiträge zu den Kosten der Kreisstraßenunterhaltung werden auf 50, für die Kreiswegunterhaltung auf 60 Prozent festgesetzt.

Aus der Landeshauptstadt

Ausflugszüge. Ab 1. April verkehren wieder eine Reihe von Sonntagsausflugszügen, die während des Winters eingestellt waren. Ab Karlsruhe treten u. a. wieder in Kraft: Sonntagszug 892 Karlsruhe ab 7.40 Uhr vorm., Offenburg an 9.13 Uhr, Offenburg ab 19.00 Uhr, Karlsruhe an 20.57 mit Halt in Raftatt, Baden-Dos, Mühl, Achern und Appenweier, ferner Karlsruhe ab 18.46 Uhr nach Baden-Baden, an 14.29 Uhr, zurück Baden-Baden ab 19.21 Uhr, Karlsruhe an 20.09 Uhr. Ins Murgtal: Raftatt ab 7.21 Uhr und 14.18 Uhr, Naumünzing an 8.42 Uhr und 15.28 Uhr, in umgekehrter Richtung: Naumünzing ab 17.35 Uhr, Raftatt an 18.42 Uhr, und Naumünzing ab 19.30 Uhr, Raftatt 20.49, Karlsruhe an 21.25 Uhr, ferner Karlsruhe ab 5.50 Uhr früh über Murgau nach der Pfalz, auf dem Rückweg Karlsruhe an 23.46 Uhr. Alle erwähnten Züge können sowohl mit ermäßigten Sonntagskarten als auch mit gewöhnlichen Fahrkarten, auch auf Teilstrecken, benutzt werden.

Liste „Größe Elisabeth“, die am Sonntag, vormittags 11 Uhr, im großen Festhalleaal durch die Mannheimer Volkssingakademie zur Aufführung gelangen wird, wurde zuletzt in Karlsruhe vor 4 Jahren durch den katholischen Kirchenchor St. Bonifatius (unter Leitung von Chordirektor Schneider) aufgeführt. Den tiefen Eindruck wird sicherlich jeder der damaligen Besucher und der 300 Mitwirkenden aufzufassen mit Freude ergreifen, da ein solch einzigartiges Werk erst bei öfterem Anhören seine vollen Schönheiten erschließt. Die heilige Elisabeth ist das Hauptwerk von Franz Liszt. Die Aufführung erfolgt in Oratorienform durch die Mannheimer Volkssingakademie unter Leitung von Professor Arnold Schattschneider. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß neben dem Landeschorleiter und dem circa 400 Personen starken gemischten Chor ganz vortreffliche Solisten mitwirken werden; für die Elisabeth wurde die anerkannt bedeutendste Retterin dieser Partie gewonnen: Pia Ginter, die bekannte Frankfurter Oratorien-Sopranistin, die bei dieser Gelegenheit zum erstenmal in Karlsruhe singen wird. Auch die Straßburger Altistin Luise Debono erfreut sich eines großen Rufes als erstklassige Oratorienfängerin, ebenso der hervorragende Bariton Johannes Wills aus Frankfurt, der bei uns schon öfters mitgewirkt hat, zuletzt bei der Gedächtnisfeier für Hans Thoma. Für den Orgelpart wurde unser einheimischer Organist und Lehrer am Badischen Konservatorium, Wilhelm Kraus, gewonnen. — Da der Beginn auf vormittags 11 Uhr angesetzt ist, darf mit großem Andrang von auswärts gerechnet werden, es ist daher empfehlenswert, Karten im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 30, zu lösen. Am Sonntag sind Eintrittskarten nur ab 11 Uhr an sämtlichen Festhallekassen erhältlich.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 30. März. In der Wandelhalle des Rosengartens fand gestern abend eine solenne Waisensfeier für Oberbürgermeister Dr. Kuter und den ersten Bürgermeister Ritter statt. Mit Ausnahme der Kommunitäten waren die städtischen Kollegien fast vollständig vertreten. Auch hatte sich eine größere Anzahl sonstiger Gäste eingefunden. Den Reigen der Ansprachen eröffnete Stadtrat Vogel, der den scheidenden Bürgermeistern für ihre erprießliche Tätigkeit im Interesse der Stadt Mannheim herzlich dankte. Beiden Herren, die auch künftig ihren Wohnsitz in Mannheim behalten werden, wurden wertvolle Geschenke überreicht.

W. Mannheim, 31. März. Vor dem Mannheimer Schöffengericht hatte sich gestern der 46 Jahre alte Fuhrmann Heinrich Keller als der Dritte von dem Klebstadt zu verantworten, das von 1923-1926 die schweren Eisenbahnüberführungen auf den Stationen Wiesloch, Ballorf, Bagnäusel, Neulshheim und Graben-Neudorf verübte. In den Wagen wurden die Klomben abgerissen und alles mögliche Frachtgut in großen Mengen entwendet. Teilweise stieg auch einer der Diebe in Neulshheim auf den Zug und warf die Waren unterwegs auf den Damm. Die beiden Komplizen hatten dann die Aufgabe, die Pakete aufzulegen. Sie wurden im Januar 1927 zu je 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Keller erhielt 2 1/2 Jahre Zuchthaus.

W. Mannheim, 31. März. Anlässlich des 100. Todestages von Johann Gottfried Tulla wurde die an der Tullastraße liegende Oberschule „Tulla-Oberschule“ genannt.

W. St. Georgen (Schwarzw.), 30. März. Bei Grabarbeiten zu einem Neubau wurde eine Mutter-Gottes-Statue aus gelbem Sandstein und wahrscheinlich hohem Alter gefunden. Die Lagerung des Fundes läßt darauf schließen, daß die Statue in Notzeiten des Klosters zum Schutze eingegraben worden war.

W. Freiburg i. Br., 30. März. Der im Ruhestand lebende Professor der Psychiatrie, Dr. Siegfried Kobow, früher an der Universität Lausanne, kam am 31. März in voller geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern. Professor Kobow ist in ärztlichen Kreisen bekannt als der Verfasser der „Arzneiverordnungen“ und anderer pharmakologischer und pharmatherapeutischer Werke.

W. Aus der Pfalz, 30. März. Der Turm auf der Kalm, der höchsten Erhebung des Saarabgebirges, auf dem die pfälzische Wetterwarte provisorisch eingerichtet war, ist infolge des letzten Erdbebens vollständig zusammengeklüppert. Da am Mittwoch bereits ein Teil des Bauwerks eingestürzt war, hatte der Leiter der Wetterwarte, Direktor Dr. Giesfeld, unvorsätzlich die Instrumente in Sicherheit gebracht.

W. Aus dem Elsaß, 30. März. Dieser Tage wurde hier der erste Vogeldurchflug vollzogen durch Herstellung der Verbindung der beiden Eisenbahnabschnitte der Linie St. Dis-Strasbourg.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. März		30. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.23	168.57	168.25	168.59
Kopenhagen 100 Kr.	111.98	112.20	111.94	112.16
Italien . . . 100 L.	22.065	22.105	22.075	22.115
London . . . 1 Pfd.	20.39	20.43	20.394	20.431
New York . . . 1 D.	4.1770	4.1855	4.1780	4.1860
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	80.470	80.645	80.445	80.605
Wien 100 Schilling	58.78	58.91	58.77	58.89
Prag . . . 100 Kr.	12.382	12.402	12.379	12.399

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8% auf 6 1/2% ermäßigt.

Erhöhung des Verkaufspreises für technischen Spirit. In der Gemeinschaftsitzung der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein und des Reichrates wurde u. a. beschloffen, vom 20. März 1928 ab den allgemein ermäßigten Verkaufspreis für technischen Spirit von 30 M auf 40 M für das Dektiliter Weingeist zu erhöhen.

Verschiedenes

Neuer Dauerflugweltrekord.

W. N. New York, 30. März. Den amerikanischen Fliegern Galdeman und Stinson ist es gelungen, den Weltrekord im Dauerflug, der bisher von Edgard und Ristic mit 52 Stunden, 22 Minuten und 32 Sekunden gehalten wurde, um 74 Minuten, 9 Sekunden zu verbessern. Galdeman wurde durch seinen Ozeanflug in Begleitung der Miß Ruth Elders begleitet.

Nobiles Polarflug

W. N. Rom, 30. März. (Tel.) Das Luftschiff „Italia“ wird in der zweiten Aprilwoche zu seiner Polarfahrt starten. Es soll auf geradem Wege nach Stolz (Kommern) fliegen und dort in der bereits fertiggestellten Luftschiffhalle ankommen. Sobald der Kreuzer „Citta di Milano“ zur Herstellung der Expeditionsbasis Spitzbergen erreicht hat, wird die „Italia“ ihre Reise fortsetzen. Man rechnet mit einem Aufenthalt des Luftschiffes in Stolz von etwa zwei Wochen. Die „Italia“ wird dann nach Kingsbay (Spitzbergen) fliegen. Die eigentliche Polarexpedition beginnt erst, wenn Kingsbay erreicht ist und wird in mehreren Flügen über das arktische Gebiet und den Nordpol bestehen. Jeder Flug soll eine ungefähre Ausdehnung von 2-4000 Kilometer haben. Die Besatzung des Luftschiffes besteht aus 16 Personen, die sämtlich Italiener sind und bereits an der früheren Expedition teilgenommen haben. Nur der Meteorologe Finn Malmgren, ein Teilnehmer am Fluge der „Norge“, ist Schwede, und der Junker Franz Dehnel ist Tschechoslowake.

Zusammenstoß zweier amerikanischer Expresszüge.

W. D. Lima (Ohio), 31. März. (Tel.) Auf der Pennsylvania-Eisenbahn fuhr der Liberty-Express mit 40 Meilen Geschwindigkeit auf den auf freier Strecke haltenden Broadway Limited-Express von hinten auf. Drei Wagen des Broadway Limited wurden ineinandergeschoben, es sind die mittleren Wagen des Zuges. 40 Passagiere beider Züge wurden verletzt, ungefähr die Hälfte davon so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Das Unglück ist mittelbar durch einen Schneesturm verursacht, der den Betrieb der Lichtsignale störte, wodurch der Broadway Limited gezwungen war, auf freier Strecke anzuhalten.

Staatsanzeiger

An die Gemeindebehörden.

Nach einer Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern wird der Termin für die Neuwahl des Reichstags von dem Herrn Reichspräsidenten auf Sonntag, den 20. Mai 1928

festgesetzt werden. Die Gemeinden (Städte) werden daher veranlaßt, mit der Anlegung der Wählerlisten und Wahlkarteien unverzüglich zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusetzen. Die Bestimmungen über die Stimmlisten und Stimmkarteien finden sich in den Paragraphen 5-8 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 173).

Karlsruhe, den 31. März 1928.

Der Minister des Innern.

Rehmele.

Bekanntmachung

Dem Apotheker Friedrich Guth in Pforzheim wurde die Berechtigung zum Betriebe einer in Pforzheim, Sedansplatz, neu zu errichtenden Apotheke verliehen.

Karlsruhe, den 28. März 1928.

Der Minister des Innern

Rehmele

Der Verlosungskommission der ständigen Kunstausstellung in Baden-Baden wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Verlosung erteilt.

Karlsruhe, den 26. März 1928.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach

Lotterie.

Dem Gemeinderat Amelingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Fohlenmarktlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 27. März 1928.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachtmann Hermann Samberger in Raftatt.

Planmäßig angestellt: als Bauoberinspektor Georg Weibel in Mannheim bei den Gebäudeversicherungsanstalt in Karlsruhe.

Zurückgelegt: Reichsanwalt Ernst Eder beim Bezirksamt, Oberkirch.

Den Staats- und Gemeindebehörden

empfehlen sich:



Rolladen

gut, schnell, billig

Karlsruher Jalousie- und Rolladen-Fabrik G.m.b.H.

Parkett

Steinholz, Estriche, Heraklith

H. Echle, Parkett G.m.b.H. Karlsruhe i. B.

Durlacher Allee 59 Tel. 2328 u. 1227



Rudolf Schwarz Leichenwagen

Schreibmaschinen - Bürobedarf
Waldstr. 56 Karlsruhe i. B. Tel. 3398

General-Vertretung der

„Urania“
Schreibmaschine

Reparatur-Werkstätte
:: für alle Systeme ::



für Hand und für Bespannung liefert als Spezialität

J. Gunz, Wagenbauanstalt
Achern, Telefon 253

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen stets vorrätig. Zur Lieferung in Trauerpferdedecken, Talaren, Versenkungsapparaten halte ich mich bestens empfohlen

TEERMASCHINEN

APPARATE - FAHRZEUGBAU

für den modernen Straßenbau

Teer- und Bitumen-Spreng- und Spritzwagen, Gießwagen, Gerätewagen, Müllwagen, Teer-Flickwagen, Teerkochkessel, Vorwärmer Dreiböcke, Teerabfüllapparate

Eugen Loew, Karlsruhe i. B.
Waldhornstr. 17 Telefon 2626

Plandruck G.m.b.H.

Karlsruhe i. B.

Georg-Friedrich-Straße 3

Telephon 6249

Zinkbelichtungen für Flach- u. Offsetdruck * Plandrucke in ein- und mehrfarbiger Ausführung * Maßstäbliche Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und Plänen aller Art * Anfertigen von technischen Werken
Moderne Geschäftsreklame

Heinr. Stöcker

vormale FR. KIRCHENBAUER

Bauunternehmung
für Hoch-, Tief- u.
Eisenbetonbau
Umbauten aller Art

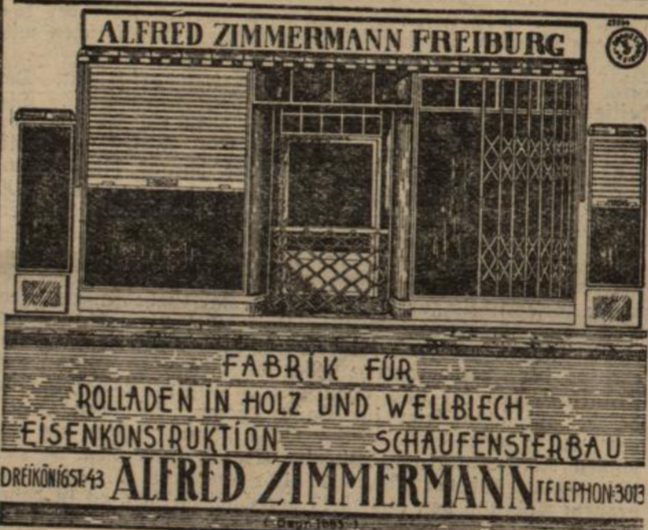
KARLSRUHE i. B.
Lessingstr. 1a Tel. 1020

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 KARLSRUHE i. B. Hirschstr. 40

Gegründet 1878

Beton- u. Eisenbeton-Hoch- u. Tiefbau
= Asphaltierungen =
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Soliditit-Betonstraßen D.R.P.



ALFRED ZIMMERMANN FREIBURG
FABRIK FÜR
ROLLADEN IN HOLZ UND WELBLECH
EISENKONSTRUKTION SCHAUFENSTERBAU
DREIKÖNIGSSTR. 43 ALFRED ZIMMERMANN TELEPHON 3013

Gebrüder Lay, Konstanz

*
Bedachungsasphalt- und
Teerprodukten-Spezialgeschäft

*
Neuzeitliche Straßenteerungen,
Isolierungen, Asphaltstraßen-
beläge und Steinholzfußböden

Karl Spilger & Cie.

G. m. b. H.
DURLACH

Killisdstr. (Güterbahnhof)
Telephon Nr. 590

Platten-Spezialgeschäft

Lieferung und Verlegung von
Steinzeug-Fußböden u.
Wandplatten aller Arten

F. PFLAUM

Ziegelwerke
Bruchsal

Telephon 104
liefert

BACKSTEINE
für alle Verwendungszwecke

Südd. Straßenwalzen-Betrieb

G. m. b. H. Darmstadt Tel. 1495

Zweigniederlassung Karlsruhe, Edelsheimstr. 6, Telephon 7062

Abtlg. Walzenbetrieb:

Dampfwalzen 8-20 T. Aufreißer.

Abtlg. Straßenbau:

Walzasphalt im Heißmischverfahren, ein- und doppelschichtig, Innentränkung, Oberflächenbehandlung in Teer und Asphalt.

G. Berberich & Söhne

Holz-u. Stahlwellblech-Rolladen

Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B.

Wallstraße 9

Telephon 1618

MANNHEIM

Dürerstraße 11

Telephon 23672

A. Aulenbacher & Söhne

Gegründet 1890

Steinbruchbetriebe

Ettlingen i. B.

FERNSPRECHER NR. 2

Gegründet 1890

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:

Granit, Quarzit und Sandstein

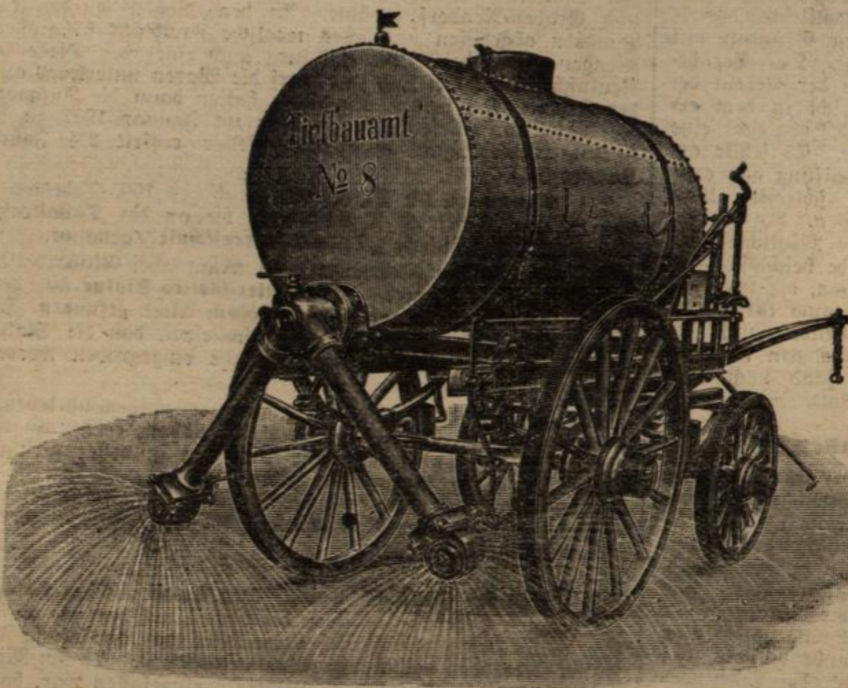
Groß- und Klein-Pflastersteine

Randsteine und Leistensteine

Stücksteine und Schotter

STRASSEN - GIESSWAGEN

zur Niederhaltung des lästigen Staubes in den Ortsstraßen sind heute in jeder Gemeinde unbedingt erforderlich



*
Verlangen Sie heute noch Angebot über Wagen mit 1200 Liter einspännig, 1500 Liter zweispännig in der

Spezialfabrik
U. Kautt & Sohn
Fahrzeugfabrik
KARLSRUHE i. B.